

Rücknahme der betriebsinternen Kürzungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Viele Kitas sind Ende Januar unverschuldet in die roten Zahlen geraten, bzw. haben seitdem gekürzte Überschüsse, weil die Geschäftsführung nach Gutsherrenart und ohne Partizipation der Beschäftigten betriebsinterne Kürzungen verfügt hat, bei gleichzeitigem Anstieg der Ausgaben in der Zentrale.

Für die Beschäftigten vor Ort bedeutet das, dass die Defizite mal wieder durch Personalabbau ausgeglichen werden sollen. Diejenigen, die häufig sowieso schon überlastet sind, sollen bei gesteigerten Anforderungen mehr Kinder betreuen. Zeitverträge von KollegInnen werden nicht verlängert und darüber hinaus kann es zu einer erneuten Versetzungswelle kommen.

Jetzt ist Schluss, so geht es nicht!

Positiv zu vermerken ist, dass etliche Kita-Leitungen offenbar die Auseinandersetzungen um die Kürzungen abwarten und nicht sofort die KollegInnen zusätzlich belasten.

Das vom Betriebsrat in Auftrag gegebene Gutachten kommt zu dem Schluss, dass der Tarifabschluss um ca. 2,5 Mio. Euro billiger ist, als von der Geschäftsführung befürchtet; auch für Investitionen ist genug Geld vorhanden.

Die Offene Liste zieht daraus den Schluss, dass die betriebsinternen Kürzungen ungerechtfertigt sind. Die Kolleginnen werden doppelt geschöpft durch die Kürzungen und durch die Nachteile aus dem Tarifabschluss.

Deshalb fordert **Die Offene Liste** die Geschäftsführung auf, die Kürzungen zurückzunehmen und die Pro-Kind-Stunden-Sätze wieder auf die ursprünglichen Beträge zu erhöhen.

Die Gewerkschaft muss alles dafür tun, die Verschlechterungen im Tarifgefüge, die ausschließlich wegen der angeblichen Notlage für die Vereinigung vereinbart worden sind, aufzukündigen. Die Finanzlage der "V" weist keine Notlage auf.

Mögliche Umverteilung der Gelder aus den Kürzungen

Scheinbar denkt mittlerweile selbst die Geschäftsführung darüber nach, Gelder in die Kitas zurückfließen zu lassen. Offenbar aber nur schwerpunktmäßig und nicht in jede Kita.

Hinter vorgehaltener Hand wird berichtet, dass die Kitas in sozialen Brennpunkten einen Zuschlag erhalten sollen.

Die Offene Liste ist der Ansicht, dass die desolante Situation in den sozialen Brennpunkten und den dazu gehörigen Kitas nicht innerbetrieblich, sondern nur politisch in der Stadt gelöst werden kann. Die "V" wird über Gebühr strapaziert wenn eine innerbetriebliche Umverteilung stattfinden würde.

Die Gelder müssen dahin zurück wo sie herkommen, also in jede Kita.

In jeder Kita sollten die KollegInnen darauf achten, dass

zusätzliche Gelder auch im Personalbereich investiert werden!

Situation in den Hortbereichen der "V" und die Auswirkungen der Ablehnung der Primarschule

Die Mehrheit der Abstimmenden hat sich gegen längeres gemeinsames Lernen entschieden. Das bedeutet aber nicht, dass die Pläne zur Betreuung von mehr Schulkindern zu schlechteren Bedingungen vom Tisch sind. Das Ganze bekommt einen anderen Namen, nämlich „Verlässliche Betreuung an Schulstandorten“. Das Projekt beginnt bereits, obwohl es in Teilen überhaupt noch nicht vernünftig ausgearbeitet ist. Für die betroffenen Kita-Träger gestaltet sich die Finanzierung äußerst kompliziert. Für die Eltern ist nur die Zeit zwischen 13.00 und 16.00 Uhr in den 40 Schulwochen beitragsfrei. Die Randzeiten und die Ferien sind so kostspielig, dass die Betreuung für GeringverdienerInnen deutlich teurer wird als ein Hortgutschein.

Wie stellt sich die Lage in der "V" konkret da

Einige Kitas beteiligen sich an dem Pilotprojekt. Hier zeigen sich schon zusätzliche Problemfelder. Aufgrund der höheren Elternbeiträge, scheint die Zahl der zu betreuenden Kinder in den Ferien zu sinken. Was ist mit den ErzieherInnen? Wie verhält es sich mit Mindestanforderungen an einem Arbeitsplatz in der Schule? Wie, durch wen und mit welchen Standards, soll die Essensversorgung geregelt werden? Wie wird die Arbeitsorganisation gestaltet?

Kitas, die mehr als 500 m von Schulen entfernt liegen, sollen jetzt bereits den Prozess der Umsteuerung auf andere Altersstufen beginnen. Unklar ist zurzeit wie sich die Arbeitssituation gestaltet, wenn es nicht gelingt den Weggang der Hortkinder vollständig zu kompensieren. Die Geschäftsführung stellt sich vor, dass die Kitas notwendige Umbauten und Umstrukturierungen aus den eigenen Budgets finanzieren.

Betriebsvereinbarung zum Pilotprojekt

Der normale Weg Veränderungen einzuführen wäre, erstens den Betriebsrat zu informieren, damit er überprüfen kann, ob Mitbestimmungsrechte berührt sind und zweitens die Belegschaft zu beteiligen. Neue Aufgabenfelder und Standorte bedürfen einer Betriebsvereinbarung, u. a. damit die Besitzstände der Betroffenen gewahrt bleiben.

Wir benötigen eine Übergangsvereinbarung, damit in der Pilotphase nicht schon Fakten geschaffen werden, die hinterher nicht in die Betriebsvereinbarung aufgenommen werden können.

Investitionen in Bildung von Anfang an

Gerade hat wieder eine Haushaltsdebatte stattgefunden, in der von Umsteuerung nichts zu spüren war. Im Gegenteil es werden weiterhin Millionen bei der Elbphilharmonie im Schlick versenkt, die Stadtbahn wird nicht verändert und die kriminellen Machenschaften der Chefs der HSH Nordbank werden auch weiterhin finanziert. Die Kinder Hamburgs, ihre Eltern und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, gerade auch im Sozial- und Erziehungsdienst sollen die Löcher im Haushalt stopfen. So ruiniert der Senat Hamburgs Zukunft.

Deshalb müssen wir gegen steuern:

Beteiligt Euch an der von den Gewerkschaften initiierten Menschenkette am 30. 09. 2010 ab 17.00 von der Elbphilharmonie zur Finanzbehörde am Gänsemarkt.

Die KollegInnen der "V" werden ein Stück der Menschenkette an der Bergstrasse bilden.

Der Landeselternausschuss (LEA) hat beschlossen einen Volksentscheid für eine beitragsfreie Kita und eine Verbesserung des Personalschlüssels um ca. 25 % durchzuführen.

Ein Erfolg wäre ein riesiger Fortschritt, der uns die Arbeit erleichtern würde. Deshalb sollten wir dafür sorgen, dass der Volksentscheid in den Kitas tatkräftig unterstützt wird.

Ansprechpartnerinnen:

Sabine Lafrentz – Betriebsrat
040/42109 – 266

Renate Müller – Betriebsrat
040/42109 - 188